

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

## 5 Sexualisierte Gewalt stoppen - rassistische Instrumentalisierung nicht hinnehmen

In der Silvesternacht 2015/2016 kam es am Kölner Hauptbahnhof zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen durch Gruppen von Männern. Dies löste eine intensive mediale Debatte aus, die wir an anderer Stelle häufig vermissen. Der Thematisierung der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen gebührt mehr Raum, wie nicht nur der aktuelle Fall zeigt. Viele der Debattebeiträge ließen aber darauf schließen, dass es ihnen nicht um Frauenrechte ging, sondern um deren Instrumentalisierung.

1. Wir müssen uns bewusst machen, dass sexualisierte Gewalt und ihre Verharmlosung (Rape Culture) ein grundsätzliches gesellschaftliches Problem ist, das nicht auf einzelne Vorkommnisse reduziert werden kann. Sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen ist Alltag, an Silvester, am Rande von Werder-Spielen und vor allem in der eigenen Wohnung. Die Vergewaltigung der eigenen Ehefrau ist in Deutschland erst seit 1997 eine Straftat. Jede siebte Frau in Deutschland musste laut Terre des Femmes in ihrem Leben schon einmal sexualisierte Gewalt ertragen.

Dass sogenannte "Pick-up Artists", welche zu sexuellen Handlungen gegen den Willen der Frauen aufrufen und dies als ihre Meinungsfreiheit rechtfertigen, auch Erfolg mit ihren Veranstaltungen haben. Sexualisierte Gewalt muss gestoppt und in den Fokus der Politik gerückt werden.

2. Durch die mutmaßliche Herkunft der Täter kam eine erneute Diskussion zur Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund auf. Leider wurden die Kommentare und Forderungen über die Parteigrenzen hinweg immer populistischer. Zu schnell wurden wieder die Worte „Abschiebung“ und „kriminelle Ausländer“ benutzt. Wir verurteilen die Instrumentalisierung dieses Themas für rassistische Hetze. Sexualisierte Gewalt und sexistische Diskriminierungen sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die in allen Bevölkerungsgruppen vorkommen. Wir fordern, dass sich differenziert mit dem Thema auseinandergesetzt wird.

3. Scheinheilige Sicherheitsempfehlungen und Verhaltenskodexe gegenüber Frauen wie „eine Armlänge Abstand“ lehnen wir ab. Offensichtlich müssen sich Frauen immer noch für ihr Verhalten sowie Auftreten rechtfertigen. Das ist keine neue Erscheinung. Ständig sind es Frauen, die sich nach sexuellen Übergriffen Verhaltensratschläge anhören müssen. Damit wird ihnen die Verantwortung an dem Geschehenen zugeschrieben. Für uns ist klar: Frauen dürfen sich verhalten oder anziehen wie sie wollen, ohne zu Opfern zu werden. Ändern müssen sich jene, die das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nicht akzeptieren.

4. Der rasante Anstieg von Anzeigen, nachdem die Vorkommnisse in Köln medial präsent wurden, zeigt, dass sexualisierte Gewalt immer noch ein Tabuthema ist. In vielen Fällen kommt es nicht einmal zu einer Anzeige, weil der Tatbestand heruntergeredet wird; die Dunkelziffer ist groß. Wir fordern, dass dieses Thema nicht weiter bagatellisiert wird. Dazu müssen Politik und Frauenverbände Hand in Hand an einer Lösung arbeiten um einen Bewusstseinswandel zu erreichen.

50 5. Eine wichtige Rolle dabei spielt die Polizei. Auf Druck der Frauenbewegung wurden hier in den letzten Jahrzehnten Fortschritte erreicht, insbesondere bei der Sensibilisierung von Beamtinnen und Beamten und der verstärkten Einstellung von Frauen in den Polizeidienst. Die aktuellen Vorkommnisse zeigen, wie wichtig diese Politik ist und wir fordern, dass darin nicht nachgelassen werden darf.

55 6. Die Verharmlosung sexualisierter Gewalt hat auch mit Lücken im deutschen Strafrecht zu tun. Noch immer ist in Deutschland Sex gegen den Willen der/des Anderen nicht in allen Fällen strafbar. Der Gesetzentwurf von Heiko Maas soll nun Rechtslücken schließen, dank derer Vergewaltiger bisher oft straffrei ausgingen, etwa wenn Frauen sich nicht wehren, weil sie um die Gewaltbereitschaft des Mannes wissen. Dieser Prozess war vom Kanzleramt lange blockiert worden. Dass der Durchbruch nun gelungen ist, ist ein später, aber wichtiger Erfolg. Aber auch  
60 danach bleiben noch Rechtslücken bestehen.

Die SPD Bremen-Stadt spricht sich für weitere Verbesserungen in den parlamentarischen Beratungen aus, die das Prinzip "Nein heißt Nein" verankern.

Beschlussempfehlung des Unterbezirksvorstandes:

– ANNAHME –